

RAINER HANK · WERNER PLUMPE
(HG.)



WIE WIR REICH WURDEN

EINE KLEINE
GESCHICHTE UNSERES
WOHLSTANDES



THEISS

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rainer Hank/Werner Plumpe (Hg.)

Wie wir reich wurden

Eine kleine Geschichte
unseres Wohlstandes

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Umschlaggestaltung: Stefan Schmid, Stuttgart unter Verwendung einer Abbildung von Getty images

© 2013 Konrad Theiss Verlag GmbH

Alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Ulrike Burgi, Köln

Satz und Gestaltung: Primustype Hurler, Notzingen

Druck und Bindung: Firmengruppe Appl, aprinta druck, Wemding

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

ISBN 978-3-8062-2770-3

Hinweis: Die Rechtschreibung wurde übernommen aus den FAS-Artikeln.

Besuchen Sie uns im Internet: www.theiss.de

Lizenzausgabe für: WBG (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt
Die Herausgabe dieses Werkes wurde durch die Vereinsmitglieder der WBG ermöglicht.

ISBN 978-3-534-26039-3

www.wbg-wissenverbindet.de

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:

eBook (PDF): 978-3-8062-2511-2 (Buchhandel)

eBook (PDF): 978-3-534-26195-6 (für Mitglieder der WBG)

INHALT

WIE WIR REICH WURDEN	7
Aspekte der Wohlstandsgeschichte	7
Wo kommen die Ideen her?	11
Die Mitbestimmung macht Firmen profitabel	11
Am Ende zahlt die Notenbank	14
Die Stärken des deutschen Modells	17
Das Erfolgsgeheimnis der Aktiengesellschaft	20
Die Erfindung der Technischen Universitäten	23
Erst der Patentschutz beflügelt den Tüftler	27
Gut, dass wir die Banken haben	30
Die Erfindung des Unternehmens	34
Mönche erfinden die freie Marktwirtschaft	38
Immer Ärger mit der Einheitswährung	42
Seehandel macht frei – der Aufstieg Asiens	45
Leuchttürme machen den Seehandel sicher	48
Im Namen des Volkes	51
Der Luxus treibt die Wirtschaft an	54
Wo kommt das Geld her?	57
Die Erfindung des Eigentums	57
Wandern für den Wohlstand	60
Der Beginn der Chemieindustrie war violett	64
WWW – drei Buchstaben verändern die Welt	68
Die Baumwolle treibt den Erfindergeist an	71
Das Telefon hat die Welt verbunden	74
Blasen gibt es immer wieder	78
Das Wettrennen über den Atlantik	81
Porzellan macht den Kurfürsten reich	85
Die Krise als Reinigungsquelle: Was war die erste Rezession?	88
Im Paradies der Damen: das Kaufhaus	91
Wie die Menschen fleißig wurden	95
Mit den Messen blüht der Fernhandel	98

Der Tiefpflug macht richtig Dampf	102
Lehm im Feuer	105
Die Konkurrenz der Metropolen	108
Eine Brücke ernährt eine ganze Stadt.	113
Weg von der Heimat, der Arbeit entgegen	116
Wie entsteht die Arbeit?	120
Das Silicon Valley ist mehr als ein Tal	120
Freie Preise sind gerecht.	124
Wer weniger arbeitet, kann mehr konsumieren	127
Wer besser sieht, kann länger arbeiten.	130
Die Revolution in der Fabrik	133
Mit „Hitzefrei“ ist es vorbei	137
Wie die Kohle als Brennstoff entdeckt wurde	141
Immer derselbe Handgriff, tausendmal am Tag	144
Am Anfang war das Feuer	147
Das süße Salz in den Lebensmitteln	150
So lebten die Reichen früherer Tage	153
Der Fortschritt ist viel zu langsam.	157
Die Kapitalisten aus dem Alten Rom.	160
Ein Kapitalist braucht eine Bilanz	163
Wie die Cholera in der Kanalisation verschwand	167
Der Mensch dahinter	171
Bill Gates revolutioniert die Computerwelt	171
Hatte Karl Marx doch recht?	174
Wagemut gewinnt – der Tüftler macht den Unterschied	177
Gott schuf die Erde – das Handwerk den Rest	181
Die Seefahrer brachten die fremden Schätze.	184
Ein Sachse revolutionierte den Bergbau.	188
England verdankt seine Macht den Händlern	192
Im Namen Gottes und des Profits	195
Die Demokratisierung der Mathematik	198
Autorenverzeichnis „Wie wir reich wurden“	201
Literatur zum Weiterlesen	205
Bildnachweis	207

WIE WIR REICH WURDEN

Aspekte der Wohlstandsgeschichte

Im Jahr 1973, vor gerade mal vierzig Jahren also, schrieb man einen „Geschäftsbrief“ auf einer mechanischen Schreibmaschine (Marke „Gabriele“), dessen Kopie hinter einem bläulich abfärbenden Kohlepapier auf die Walze gespannt wurde. Das deutsche Fernsehen sendete ein erstes und – seit 1963 – sogar ein zweites Programm; wenn das Bild – was häufig passierte – flatterte, musste die Zimmerantenne eine Nuance nach links gedreht werden. Telefonieren durfte man erst nach 18 Uhr, denn da wurde es billiger. Dass es auch wochentags Butter statt Margarine gab, war genauso ein Wohlstandsindikator wie der tägliche Bohnenkaffee, der in vielen Haushalten schon seit Längerem den Zichorienkaffee („Muckefuck“) abgelöst hatte.

Heute, vierzig Jahre später, kann man Briefe mit „Windows“ auf dem Computer oder mit „Pages“ auf dem iPad schreiben und sie zum Vervielfältigen auf den Kopierer legen. Tagsüber nach Amerika zu telefonieren, ist billiger als damals ein abendliches Ferngespräch von Stuttgart nach Tübingen. Und was Zichorienkaffee ist, weiß heute ohnehin niemand mehr.

„Wie wir reich wurden“, der Titel dieses Buches, meint mehr als die Wohlstandsgeschichte von einer oder zwei Generationen. Nichts weniger als die Menschheitsgeschichte als Ganzes soll in den Blick kommen, die indessen alles andere als linear verlief. Bis zum Jahr 1800, einer Achsenzeit der Wirtschaftsentwicklung, verbesserten sich die Lebensbedingungen der Menschen nicht nennenswert und allenfalls in der Oberschicht. Die Welt war arm auf relativ egalitärem Niveau. Wachstumserfolge blieben in der sogenannten Malthusfalle gefangen: Den relativ größeren Reichtum hatte das Bevölkerungswachstum rasch aufgefressen.

Richtig reich wurden die Menschen erst nach 1800, dann allerdings mit großer Geschwindigkeit. Während Europa und die nordamerikanischen Kolonien beziehungsweise die USA ein Wohlstandswunder erleb-

ten, blieben Afrika und Asien vom Wohlstand ausgeschlossen. Lag der Abstand zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern um das Jahr 1800 bei einem Verhältnis von eins zu vier, so hat er sich inzwischen auf eins zu vierzig vergrößert. „The Great Divergence“ (das große Auseinanderklaffen) nennen die Historiker diese einschneidende Zäsur.

Die Frage, warum einige Völker reich wurden, andere aber arm blieben, haben die Forscher bis heute nicht zufriedenstellend beantwortet. Einige nachdenkenswerte Hypothesen gibt es jedoch. Günstige geographische Bedingungen, politische Dezentralisierung, relativ wenig innerstaatliche Ungleichheit, überbordende wissenschaftliche Neugier und asketische Werte (Max Weber) – so zeigt sich das europäische Wirtschaftswunder in der Forschung.

MIT-Ökonom Daron Acemoglu behauptet (in seiner brillanten Studie „Why Nations Fail“), alles entscheidend seien die richtigen Institutionen. Sein Paradebeispiel: Die europäischen Siedler, die seit dem 16. Jahrhundert nach Südamerika auswanderten, haben dort ziemlich brutal gewirtschaftet. Man nahm sich Sklaven, die unter unmenschlichen Bedingungen Gold und Silber schürfen mussten. Sonderlich erfolgreich war das nicht, selbst in Buenos Aires, wo das Klima bestens ist: Die Sklaven suchten das Weite, wann immer sich ihnen dazu eine Gelegenheit bot.

Als dann im 17. Jahrhundert die Briten Nordamerika kolonisierten, versuchten sie es zunächst auf dieselbe Sklavenhalterweise, mit ähnlich dürftigem Erfolg – bis die „Virginia Company“ und einige andere auf die geniale Idee kamen, allen Siedlern fünfzig Morgen Land zu schenken, welches diese selbst bewirtschaften und dessen Früchte sie zum eigenen Gebrauch ernten durften. Die „Company“ nahm lediglich Steuern für die Gewährung dieser Rechte. Und siehe da: Es funktionierte, erst recht, wenn zur ökonomischen Freiheit auch noch politische Rechte der Partizipation kamen, welche die Siedler in der Generalversammlung („General Assembly“) wahrnahmen.

Die Abkehr vom Feudalismus, die Geburt des vom Recht garantierten Privateigentums und der Demokratie gelten heute als Initialzündung des westlichen Wohlstands. „Ausbeutende“ ökonomische und politische Institutionen funktionieren wesentlich schlechter als „partizipative“ Ordnungen, die den Marktmechanismus respektieren und den Bürgern Mitbestimmungsrechte übertragen. Dass dort, wo die Freiheit geachtet wird, auch der Wohlstand wächst, ist die eigentlich humane Erkenntnis unseres Projektes „Wie wir reich wurden“.

Gute Institutionen, darüber ist sich die heutige Forschung einig, sind entscheidend für die Entwicklung unseres Wohlstands. Warum aber einige Länder gute Institutionen haben, andere nicht, erklärt die Institutionentheorie nicht. Mehr noch: Gute Institutionen sind zwar notwendig, hinreichend sind sie nicht zum Verständnis unseres heutigen Reichtums. Eine Fülle von Bedingungen muss erfüllt sein (u. a. technischer, sozialer, rechtlich-institutioneller, wirtschaftlicher, kultureller und mentaler Art), damit es zu derartigen Wohlstandsgewinnen kommt. Insofern beschränkt der „Westen“ auch nicht einen Weg, den man beliebig wiederholen könnte. Er selbst stellt eine Art historischer Einmaligkeit dar, die man gerade deshalb umso mehr verteidigen muss, weil sie eben keineswegs selbstverständlich oder simpel wiederherzustellen ist, wenn man sie einmal verloren hat.

Dass sich in Europa ein solches Wirtschaftswunder ereignen konnte, kam eben nicht aus heiterem Himmel, sondern wurde seit der Renaissance rhetorisch, ökonomisch und wissenschaftlich vorbereitet. Immer wenn „kreative Zerstörer“ gegen die Anwälte des Machterhalts obsiegten, nahmen Fortschritt und Wohlstand ihren Lauf. Die Druckerpresse war 1445 in Mainz von Johannes Gutenberg erfunden worden. Durch sie wurden Ideen (gerade auch die revolutionären und häretischen) zum Nutzen von jedermann vervielfältigbar. Während der Westen sich des Buchdrucks mit Erfolg bemächtigte, wurde er im Osmanischen Reich per Erlass – er galt bis weit ins 19. Jahrhundert – von Sultan Bayezid II. 1485 verboten; politische Macht konnte wirtschaftlichen Wohlstand nachhaltig verhindern.

Ebenfalls im 15. Jahrhundert vollzog sich die für die kapitalistische Rhetorik maßgebliche Einsicht, dass die kaufmännische Arbeit Nachahmung des göttlichen Schöpfungsaktes und also gut und gottgefällig sei. Diese Legitimation des Profits war die entscheidende Umwertung der früheren christlichen Weltabwendung („Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr ...“). Das Gewinnstreben brauchte den Menschen fortan kein schlechtes Gewissen mehr zu machen.

Und heute? Während die Rhetorik des Antikapitalismus sogar auf dem World Economic Forum (WEF) in Davos hoffähig geworden ist, haben viele Länder Asiens schon längst damit begonnen, mit ebendieser Marktwirtschaft (leider häufig ohne Demokratie) die „Great Divergence“ zwischen den verschiedenen Ländern in Richtung einer „Great Convergence“ zu wenden. Die Revolutionen in Arabien und anderswo bedienen sich zur

Durchsetzung politischer Freiheit der „Social Media“, auch sie sind ein Ausdruck heutigen Reichtums. Zugleich nimmt die Kluft zwischen Arm und Reich innerhalb vieler Länder (nicht nur, aber vor allem in Amerika) wieder zu. Und der freie Markt, nach wie vor Garant unseres Wohlstands, zeigt Zeichen einer gefährlichen Instabilität.

Das zeigt: Der Weg des Westens (Europas und Amerikas) zu Markt und Wohlstand ist einzigartig. Sein Erfolg ist nicht selbstverständlich, ihn dauerhaft zu erhalten, ist prekär. Wohlstand kann verspielt werden, Globalisierung ist nicht unumkehrbar. Umso wichtiger ist es, sich die vielfältigen Bedingungen seines Zustandekommens immer wieder vor Augen zu führen.

Das Projekt „Wie wir reich wurden“, das mit diesem zweiten Band abgeschlossen ist, ging hervor aus einer Serie der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Wissenschaftler, namentlich Ökonomen und Wirtschaftshistoriker, aber auch Allgemeinhistoriker, Journalisten und Publizisten steuerten jeweils Texte bei, in denen die große Frage, wie wir über die Jahrhunderte reich wurden, nie aus dem Blick geriet, auch wenn sie stets durch eine pointillisierende Brille betrachtet wurde. Entstanden ist so eine kleine Geschichte des Kapitalismus, eine Art Kaleidoskop des Massenwohlstandes, seiner Entstehung, seiner Zufälligkeiten und seiner Aporien, die gerade aus der Fülle der Aspekte lebt. Da die Beiträge zu meist entsprechend des aktuellen Forschungsstandes geschrieben sind, ermöglichen sie auch dem Fachmann und der Fachfrau Belehrung und Erheiterung. Sollte das eintreten – die Herausgeber wären’s zufrieden.

Rainer Hank, Werner Plumpe

WO KOMMEN DIE IDEEN HER?

Die Mitbestimmung macht Firmen profitabel

Es waren die Arbeitgeber, die sich für Mitbestimmung eingesetzt haben. Weil sie erkannt haben, dass Mitarbeiter loyaler sind, wenn sie sich fair behandelt fühlen. Das steigert den Profit.

Die Mitbestimmung steht in der Kritik, seit Wilhelm II. sie in seiner Kaiserlichen Botschaft von 1890 auf die Tagesordnung der Wirtschafts- und Sozialpolitik gesetzt hat. Damals wie heute hieß es, sie würde die Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Handlungsfreiheit der deutschen Industrie gefährden. Damals wie heute war dies angesichts einer auf dem Weltmarkt glänzend reüssierenden Wirtschaft wenig glaubwürdig. Die Mitbestimmung ist vielmehr von Anfang an Teil des wirtschaftlichen Erfolgsrezeptes gewesen, das die Dynamik und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie begründet hat und immer noch fördert. Wer das verstehen möchte, muss ihre Geschichte kennen.

Die betriebliche Mitbestimmung hatte sich zunächst ohne staatliche Geburtshilfe durchgesetzt. Das geschah an der Schwelle zum 20. Jahrhundert in den aufsteigenden und global operierenden neuen Industrien wie der Chemie, dem Maschinenbau und der Elektrotechnik. Sie verließen den materiellen Pfad der Industrialisierung und wandten sich einer neuen, immateriellen und wissenschaftsbasierten Produktionsweise zu. Um ihre qualifizierten Arbeiter an sich zu binden, wandelten sie ohne rechtliche Grundlage entweder die bestehenden Arbeiterbeiräte der Bismarck'schen Sozialversicherung zu Mitbestimmungsausschüssen um, oder sie gründeten auf freiwilliger Basis neue. Erst 1920 legalisierte das Betriebsrätegesetz diese Praxis.

Warum ausgerechnet die am weitesten globalisierten und verwissenschaftlichten Industriezweige die Mitbestimmung freiwillig einführten, lässt sich mit deren Produktionsweise erklären. Sie bestimmt auch heute noch die deutsche und große Teile der europäischen Wirtschaft. Gemeint

ist jene nachindustrielle Maßschneiderei, die Deutschlands Ruf und dauerhaften Erfolg auf dem Weltmarkt begründet hat: intelligente Maschinen mit individuellem Innenleben, komplexe Industrie- und Infrastrukturanlagen, anwendungstechnisch veredelte Produkte, Verfahrenstechnik auf allen Gebieten und auch hochwertige Fahrzeuge.

Für diese Produktionsweise ist charakteristisch, dass das Wissen in den Betrieben asymmetrisch verteilt ist und seine Träger nicht einfach zu ersetzen sind. Gleichzeitig ist die produktive Umsetzung dieses Wissens nur schwer zu kontrollieren. Denn anders als am Fließband lässt sich die optimale Leistung eines Facharbeiters oder Ingenieurs weder exakt fassen noch können ihre Arbeitsverträge zu vertretbaren Kosten überwacht und durchgesetzt werden (Ökonomen bezeichnen das als Prinzipal-Agenten-Problem).

Auch können Arbeitnehmer, wenn sie Träger spezifischen Wissens sind, dem Unternehmen im Konfliktfall mehr Schaden zufügen als der klassische Industriearbeiter, der lediglich über generalisiertes – und damit leicht ersetzbares – Wissen verfügt. Galt im industriellen Kontext die Lenin'sche Maxime „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“, so ist unter diesen neuen Bedingungen das Gegenteil richtig und Kontrolle noch dazu der teurere Weg. In der Notwendigkeit, dieses zentrale Problem der nachindustriellen Produktionsweise zu lösen, liegt die wirtschaftliche Wurzel der Mitbestimmung – bis heute.

Gewiss lassen sich auch andere Lösungsansätze denken. Die Vereinigten Staaten zum Beispiel haben ein System, das zu ihrer Geschichte passt: Dort fehlte schon immer eine hoch qualifizierte Arbeitnehmerschaft. Deshalb wurde dort schon früh am Fließband produziert – beispielsweise in den Werken des Autozaren Henry Ford. Dafür waren nur einige hoch qualifizierte Spitzenkräfte nötig. Darum erschien es einfacher, diese Mitarbeiter über eine Gewinnbeteiligung zu motivieren.

Auch in Europa reicht die Option der Mitbestimmung nur so weit wie die Fähigkeit zur nachindustriellen Maßschneiderei. Sie ist im Wesentlichen auf den Einzugsbereich des Rheinischen Kapitalismus beschränkt, also von Skandinavien bis Norditalien, von der Seine bis an die Oder, vor allem aber auf Deutschland. Hier konnten die Mitbestimmung und das Prinzip kooperativer Arbeitsbeziehungen trotz aller habituellen Konflikte gut gedeihen.

Neue Regelungen nach 1945 und das Mitbestimmungsgesetz von 1976, das den Arbeitnehmern die Hälfte der Sitze in den Aufsichtsräten

großer Gesellschaften einräumte, brachten den Arbeitnehmern zwar formal mehr Macht. Doch die Betriebsräte wurden – oft zum Ärger der Gewerkschaften – ihrer Verpflichtung auf das Gesamtwohl des Unternehmens gerecht, die das Gesetz seit 1920 vorsieht.

Die Zahl der Arbeitnehmervertreter als Zeichen ihrer Macht zu deuten, geht freilich an der praktischen Funktion des Aufsichtsrates in der deutschen Unternehmensführung weit vorbei. Er ist weniger Entscheidungs- und Kontrollgremium als vielmehr Teil des Informationsnetzwerkes, das unternehmerische Entscheidungen unter Unsicherheit erleichtert. Nicht die Zahl der Räte ist entscheidend, sondern ihre Qualität. Es macht daher durchaus Sinn, wenn auf der Arbeitnehmerbank auch Gewerkschaftsvorsitzende Platz nehmen dürfen.

Am Anfang des 21. Jahrhunderts ist es fast ein Gemeinplatz, dass das „menschliche Vermögen“, also das „Humankapital“, einen hohen Wert besitzt. Es voll zu nutzen, setzt allerdings heute wie vor 100 Jahren eine vertrauensvolle Zusammenarbeit voraus. Misstrauen und offene Konflikte wirken wie eine Steuer auf wirtschaftliches Handeln, und die Einführung der Mitbestimmung zielte von Anfang an darauf ab, diese Kosten zu verringern. Dies ist eine der Erklärungen dafür, dass sich das deutsche Modell der Mitbestimmung über alle politischen Katastrophen hinweg weiterentwickelt hat.

**Vorstellung eines
neuen Tetra-Paks in
Frankreich 1955**



Am Ende zahlt die Notenbank

Zentralbanken retten kranke Banksysteme. Die Bank of England war der Pionier. Die Strategie ist erfolgreich, aber keineswegs unumstritten.

Overend, Gurney & Co. war Mitte des 19. Jahrhunderts eine der führenden britischen Banken und vor allem auf Geschäfte mit Wechseln spezialisiert. Ihre Führung war allerdings nicht die kompetenteste – der angesehene Wirtschaftsjournalist Walter Bagehot schrieb von einer „Verrücktheit, die die übliche Grenze der vorstellbaren Unfähigkeit überschritt“ – und so brach die Bank im Jahre 1866 zusammen, worauf in den Finanzzentren der Welt eine Panik auszubrechen drohte. Die Bank of England, die einzige Bank im Lande mit dem Recht, eigene Banknoten auszugeben, erhöhte lediglich den Leitzins auf 10 Prozent, um verängstigte ausländische Investoren davon abzuhalten, ihr Kapital aus London abzuziehen. In der Folge kollabierten zahlreiche britische Unternehmen und die Wirtschaft fiel in eine Rezession.

Baring Brothers and Company war Ende des 19. Jahrhunderts eine der führenden und angesehensten britischen Banken. Doch dann verlor Barings in Geschäften mit argentinischen Anleihen hohe Summen und drohte im Jahre 1890 zusammenzubrechen, was vermutlich eine schwere Finanzkrise ausgelöst hätte. Die Bank of England organisierte ein aus 100 Mitgliedern bestehendes Konsortium, das Barings ohne Erschütterungen abwickelte.

Die Bank of England war „Bank der Banken“ und zum „Geldgeber der letzten Instanz“ geworden und damit zu einem Vorbild für Zentralbanken in anderen Ländern. Nun gab es im Falle einer schweren Finanzkrise endlich eine Instanz, die den Zusammenbruch des gesamten Bankensystems durch Bereitstellung von Geld verhindern konnte.

Für die Rolle des Geldgebers der letzten Instanz war zum einen die Fähigkeit notwendig, innerhalb kurzer Zeit sehr hohe Beträge bereitzustellen. Das können Zentralbanken, weil sie für das in ihrem Lande oder Währungsgebiet kursierende Geld ein Ausgabemonopol besitzen. Heut-

zutage, wo das Geld ganz überwiegend nur noch virtuell existiert, kann eine Zentralbank per Knopfdruck auf einem Computer Abermilliarden erschaffen. Die Rechtfertigung für ein solches Handeln liefert das Systemrisiko, das mit dem Zusammenbruch bedeutender Banken verbunden ist: Kippt eine große Bank um, drohen die anderen Banken wegen der engen Vernetzung der Institute wie Dominosteine umzukippen. Sobald wieder Ruhe in das Banksystem eingekehrt ist, kann die Zentralbank das zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit in der Krise bereitgestellte Geld wieder von den Banken zurückfordern.

Wie eine Zentralbank als Geldgeber der letzten Instanz agieren sollte, hat schon Walter Bagehot in seinem Buch „Lombard Street“ im 19. Jahrhundert beschrieben: Wenn eine Zentralbank sich veranlasst sieht, das Banksystem mit zusätzlichem Geld vor dem Zusammenbruch zu bewahren, solle die Zentralbank das Geld reichlich zur Verfügung stellen. Halberziges Eingreifen schade mehr, als es nützt.

Genauso wichtig ist Bagehots Forderung, wonach die Zentralbank lediglich das Ziel verfolgen soll, den Kollaps des gesamten Banksystems durch vorübergehende Hilfen zu verhindern. Keinesfalls dürfe die Zentralbank eine einzelne Bank, die schlecht gewirtschaftet hat, von ihren Verlusten befreien. So agierte die Bank of England im Falle von Baring Brothers: Sie half mit anderen Banken, das dem Untergang geweihte Bankhaus abzuwickeln und stabilisierte gleichzeitig das britische Banksystem.

Die Rolle der Zentralbank als Geldgeber der letzten Instanz hat lange Zeit keine Rolle mehr gespielt. In der laufenden Finanzkrise jedoch haben sich die großen Zentralbanken veranlasst gesehen, mehrere Billionen Euro zur Verfügung zu stellen, um einen Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems vor allem nach dem Kollaps von Lehman Brothers zu verhindern. Ansonsten wären möglicherweise alle Banken umgefallen mit unabsehbaren Folgen für die gesamte Wirtschaft.

Der aktuelle Fall ist sehr lehrreich: Zum Zeitpunkt der Krise befand sich innerhalb des Banksystems genügend Geld für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs. Nun gibt es immer Banken, die aus ihrem Geschäft einen Geldüberschuss erzielen und andere, aus deren Geschäft ein Geldbedarf entsteht. Im Normalfall leihen nun die Überschussbanken den Banken mit einem Geldbedarf diese Mittel. In der Krise jedoch verloren die Banken das Vertrauen untereinander, worauf sich die Überschussbanken

weigerten, den Banken mit Geldbedarf die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Hier nun griffen die Zentralbanken als Geldgeber der letzten Instanz ein und sorgten durch die Bereitstellung zusätzlichen Geldes dafür, dass die Banken mit Geldbedarf ihre Geschäfte weiterbetreiben konnten. Es ging nicht darum, verlustträchtige und konkursreife Banken zu retten – die allermeisten Banken mit Geldbedarf waren wirtschaftlich völlig gesund. Es ging darum, eine schwere Marktstörung zu überwinden.

Die Rolle der Zentralbank als Geldgeber der letzten Instanz wird überwiegend positiv gesehen. Gleichwohl existiert schon seit dem frühen 19. Jahrhundert Kritik an diesem Konzept. Eine Fundamentalkritik hält unser gesamtes Geldsystem mit einer als Staatsmonopolist agierenden Zentralbank und Geschäftsbanken mit hohem Freiheitsgrad in der Kreditgewährung für eine Fehlkonstruktion und Auslöser der großen Krisen.

In dieser Sichtweise ist dann natürlich auch die Rolle der Zentralbank als Retter des Banksystems inakzeptabel, weil sie selbst als Verursacher der Krise wahrgenommen wird. Diese Fundamentalkritik ist ebenso alt wie die von ihr präsentierten Alternativen, darunter Edelmetallwährungen. Sie nimmt auf aktuelle Debatten aber keinen spürbaren Einfluss.

Die gemäßigte Form der Kritik will nicht das gesamte Finanzsystem ändern. Sie sieht zwar auch in falscher Geldpolitik und suboptimalen Aufsichtsregeln Ursachen für die Krise, die zum Einsatz der Zentralbank als Geldgeber der letzten Instanz führt. Sie hält allerdings Verbesserungen des aktuellen Regelwerks für notwendig. Bemerkenswert erscheint, dass die heute ausgetauschten Argumente für und wider optimale Geldordnungen im Kern nicht weiter sind als die Debatten im England des 19. Jahrhunderts.